

Pfeffer, Karl Heinz

Article — Digitized Version

Zwischen Gruppen- und Staatsinteresse: Das Problem der Gewerkschaftspolitik am britischen Beispiel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfeffer, Karl Heinz (1950) : Zwischen Gruppen- und Staatsinteresse: Das Problem der Gewerkschaftspolitik am britischen Beispiel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 11, pp. 13-19

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131210>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Zwischen Gruppen- und Staatsinteresse

Das Problem der Gewerkschaftspolitik am britischen Beispiel

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Hamburg

Die britischen Gewerkschaften befinden sich in einem Dilemma, das von ihrer engen Bindung an die Arbeiterpartei herrührt. Das Dilemma wurde von Jahr zu Jahr deutlicher, seitdem die Arbeiterpartei im Jahre 1945 nicht nur wie schon 1924 und 1929 die Regierung übernehmen konnte, sondern die Hände zu einer unabhängigen Durchführung ihres eigenen Programms freibekam und damit auch die Verantwortung allein tragen mußte.

Auf dem Gewerkschaftskongreß des Jahres 1946 in Brighton war das Dilemma noch nicht sichtbar, sondern die Bevin'sche Außenpolitik bildete den wichtigsten Diskussionsgegenstand.

1947 ging es in Southport schon um eine Frage, die näher am Lebensnerv der Gewerkschaften selbst lag: um die staatliche Arbeitseinsatzlenkung. Die Gewerkschaften „waren zu einem Bruch mit der Regierung nicht bereit, wie wenig auch immer manche Regierungsmaßnahmen ihnen zusagen mochten“.

DAS PROBLEM DER LOHNPOLITIK

1948 in Margate klang das Thema an, das im folgenden Jahr alles beherrschen sollte: Die Gewerkschaften sahen sich genötigt, im Interesse der Regierungspolitik bei allen Lohnforderungen auf Mäßigung zu drängen.

Der Kongreß von Bridlington im Jahre 1949 wurde durch das offen zutage getretene Dilemma beherrscht. Der Bergarbeiterführer Sir William Lawther sagte: „Unsere Gewerkschaften stehen am Scheidepunkt. Wir können in der alten Weise fortfahren und jede auftauchende Schwierigkeit in der Wirtschaft als Zeichen eines unversöhnlichen Konflikts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auffassen, oder wir können anerkennen, daß die Durchsetzung der politischen Demokratie in England zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie weiterführt. Das heißt, daß jede Gewerkschaft als das Instrument der Demokratie in der Wirtschaft einen besonderen Beitrag bei der Lenkung der Entwicklungen zu leisten hat, die heute vor sich gehen und durch die kapitalistische Profitunternehmen in Betriebe der öffentlichen Hand verwandelt werden.“ Die Zeitschrift „Economist“ nannte die Gewerkschaften einen „Stand des Reiches“ (Estate of the Realm). Die Frage war, ob die Massen der Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern auch auf dem wenig bequemen Weg folgen würden, der ihre Organisation zu einem „Instrument der Demokratie“ machen würde. Seit der Pfundabwertung ist diese Frage in ein akutes Stadium getreten.

Die Arbeiterregierung wollte sich den Vorteil der Pfundabwertung im Herbst 1949 für die britische Ausfuhr nicht durch Lohnerhöhungen wegnehmen lassen und appellierte an die Hilfe der Gewerkschaften. Man hoffte, wieder wie 1931 die Kaufkraft des Pfundes nur nach außen zu senken, im Inneren jedoch nach Möglichkeit halten zu können.

Wenn die Gewerkschaften den Wunsch der Regierung erfüllen wollten, entstanden für sie folgende Fragen:

1. Zahlreiche Verbände haben Tarifverträge, deren gleitende Lohnskalen mit dem Lebenshaltungsindex verbunden sind. Ihnen mußte durch die Gewerkschaftsführung zugemutet werden, die Lohnskalen vom Lebenshaltungsindex abzuhängen.

2. Die Verbände ohne gleitende Lohnskalen haben zahlreiche Mitglieder, die objektiv unterbezahlt sind. Von ihnen mußte gefordert werden, daß sie auch für diese benachteiligten Gruppen auf Lohnerhöhungen verzichteten.

3. Wenn der Gewerkschaftsrat sich wirklich zu einer unpopulären Politik im Sinne der beiden ersten Punkte entschloß, war immer noch die Reichweite seines Einflusses fraglich. Er hat keineswegs die Befugnis, den Verbänden Weisungen zu geben. Er ist nur eine Beratungskörperschaft, in der die Ansichten und Interessen zahlreicher, oft heftig miteinander rivalisierender Einzelgewerkschaften diskutiert und im günstigen Fall auf einen Nenner gebracht werden können.

Aus der Schwierigkeit dieser drei Punkte erklärt sich die Langsamkeit des eingeschlagenen Prozesses. Am 9. September 1949 beschloß der Gewerkschaftsrat, an den gleitenden Lohnskalen und den Forderungen nach Erhöhung der niedrigsten Löhne festzuhalten, eine Preis- und Gewinnkontrolle zu verlangen, jedoch in allen Lohnkämpfen hinsichtlich zu verfahren.

Nach vielen Zwischenentscheidungen entschloß sich der Gewerkschaftsrat endlich am 23. November 1949 zu einer grundsätzlichen Stellungnahme: Er erklärte sich zu einem völligen Lohnstop, auch für die gleitenden Lohnskalen, auf die Dauer eines Jahres bereit, falls der Lebenshaltungsindex inzwischen um nicht mehr als 5 Punkte anstiege. Zugleich forderte er ein System von Prämien und Akkordlöhnen, um dadurch zur Produktionssteigerung anzuregen. Ministerpräsident Attlee lobte den Gewerkschaftsrat für diesen Entschluß.

Nun kam es aber darauf an, die Anerkennung des Entschlusses durch die Einzelgewerkschaften zu er-

reichen. Die Maschinenbauer, Bergarbeiter, Eisenbahner, Elektriker und kleinere Gruppen traten in heftige Opposition, nur die großen Allgemeinverbände (Transport and General Workers' Union und National Union of General and Municipal Workers) waren bereit, den Verzicht auf sich zu nehmen. Eine Urabstimmung der Bergarbeiter ergab 518 000 Stimmen gegen und nur 147 000 Stimmen für die Annahme des Lohnstopps. Am Morgen des 12. Januar 1950, an dem die Einzelgewerkschaften einen endgültigen Entschluß über ihre Haltung zur Politik des Gewerkschaftsrates fassen sollten, erschien eine Broschüre „Keeping Left“, in der 12 Abgeordnete der Arbeiterpartei (darunter der in Deutschland besonders bekannte Richard Crossman) gegen die Lohnstop-Politik des Gewerkschaftsrats und der Arbeiterregierung protestierten. Doch trotz der starken Gegenwirkung stimmten am 12. Januar die Vertreter von 4 263 000 Mitgliedern für die Politik des Gewerkschaftsrats und nur 3 606 000 dagegen.

Diese Abstimmung löste das Problem nicht. Die gewerkschaftsfeindliche Presse behauptete, es habe sich nur um Stimmenfang für die politischen Wahlen des 23. Februar gehandelt, in Wirklichkeit dächten die Gewerkschaften nicht an die Annahme des Lohnstopps. Große Gewerkschaften wie die der Bauarbeiter stimmten zwar grundsätzlich für den Lohnstop, ließen sich aber die nach der gleitenden Skala fällige Erhöhung für den Februar trotzdem mit der Begründung geben, daß sie auf Grund des Lebenshaltungsindex vor der Pfundabwertung errechnet worden sei. Ihrem Beispiel wurde von anderen Verbänden mit gleitenden Lohnskalen gefolgt. Die Maschinenbaugewerkschaften forderten eine allgemeine Lohnerhöhung mit der Begründung, die Firmen hätten zusätzliche Gewinne erzielt, höhere Löhne gefährdeten also nicht die Kalkulation, denn sie könnten aus dem Gewinnfonds befriedigt werden. Die Beamtenverbände, die nicht dem Gewerkschaftsbund angehörten, erhoben Forderungen und beklagten sich, daß die Gehälter ihrer Mitglieder viel starrer und ausnahmsloser „eingefroren“ seien als die der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft. Selbst der Verband der Angestellten in den Konsumgenossenschaften stellte Lohnforderungen. Ostern stimmten Verbände auf ihren Jahreskonferenzen gegen den Lohnstop, die noch im Januar hinter dem Gewerkschaftsrat gestanden hatten. Die knappe Januarmehrheit war damit weggeschmolzen. Im Mai meldeten die Eisenbahner Forderungen an, im Juni die Versicherungsangestellten und die Bergarbeiter.

Der Gewerkschaftsrat hatte Schwierigkeiten, die Funktionäre der Einzelverbände bei der Stange zu halten, diese hatten dieselben Schwierigkeiten mit ihren Mitgliedern. Schon im Januar erklärte der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Gewerkschaftsrats, man könne nicht ewig auf einem Sicherheitsventil sitzen, ohne eine Explosion herauszufordern. Die „Times“ schrieb am 13. April, zwar sei die Politik des Gewerkschaftsrats im Januar mutig

gewesen, doch auch „unrealistisch“. Der „Economist“ schrieb am 15. April, der Vorstand des Gewerkschaftsrates habe nicht gewußt, was der kleine Mann über den Lohnstop denke. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsrats, Sir Vincent Tewson, veröffentlichte im Mai einen Halbjahresbericht: „What the T. U. C. is Doing“, in dem er bestritt, daß die Lohnstop-Politik zusammengebrochen sei. Sie müsse fort dauern, damit „unsere mühselig ausgeglichene Wirtschaft“ nicht in Unordnung gerate, dürfe jedoch die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften nicht abschaffen. Um der zweiten Forderung entgegenzukommen, empfahl der Gewerkschaftsrat Ende Mai „größere Elastizität“ der Lohnpolitik. Er überlegte, ob er sich nicht selbst zum Schiedsrichter über die Berechtigung der Lohnforderungen von Einzelgewerkschaften machen solle. Am 28. Juni erklärte der Gewerkschaftsrat ausdrücklich, daß sich die Januarpolitik nicht durchhalten lasse. Er könne nur der Vernunft seiner Mitgliedsgewerkschaften vertrauen. Auf dem Jahreskongreß der Gewerkschaften in Brighton wurde im September 1950 mit überwältigender Mehrheit eine Fortsetzung der Lohnstoppolitik abgelehnt. Nur diejenigen Gewerkschaften, die in erster Linie ungelernte Arbeiter umfassen, stimmten für weiteren Lohnstop, weil sie dann am ehesten die relative Lage ihrer Mitglieder verbessern zu können hofften. Praktisch haben aber die Gewerkschaften bis in den Spätherbst 1950 immer wieder Schiedssprüche oder Vermittlungsangebote angenommen. Der Kampf um den Lohnstop ist dabei nur ein Zeichen für allgemeinere und tieferliegende Schwierigkeiten.

DAS HISTORISCHE ERBE

Die britische Arbeiterbewegung begann im Zeitalter der Französischen Revolution und der Demobilisierungskrise nach den napoleonischen Kriegen mit messianischen politischen Hoffnungen. Utopische Sozialisten, Maschinenstürmer, politische Organisatoren wollten eine bessere Welt schaffen. Der Versuch, durch den Masseneinsatz der Stimmzettel oder die „politische Aktion“ das Elend des frühen Industriezeitalters von der staatlichen Macht her einzudämmen, erreichte seinen Höhepunkt und scheiterte kläglich im Chartismus von 1848, als die Führer der mobilisierten Massen angesichts des Truppenaufgebots den Mut verloren.

Die enttäuschten Massen versuchten daraufhin die „wirtschaftliche Aktion“ („industrial action“) und bildeten Gewerkschaften als Interessenvertretungen bei den Unternehmern und Rückversicherungsanstalten des wirtschaftlich schwachen Einzelnen in einem System von Hilfskassen. Man fügte sich ohne revolutionäre Absichten als Partner in das kapitalistische System ein.

Um 1890 sah die britische Arbeiterschaft ein, daß die „wirtschaftliche Aktion“ nur für einzelne Facharbeitergruppen Teilerfolge haben konnte. Neuentstehende Industriegewerkschaften der Ungelernten kehrten zur „politischen Aktion“ zurück, für die sie

Möglichkeiten im Rahmen der Liberalen Partei oder vielmehr ihres „radikalen“, d. h. aus christlicher oder humanistischer Überzeugung sozialreformerischen, Flügels fanden. Aber bald folgte auf diese Periode der „Lib-Labs“ (der liberalen Labourleute) die Entstehung einer selbständigen sozialreformerischen Gruppe, der „Unabhängigen Arbeiterpartei“. Mit ihr und der kleinen sozialtheoretischen Gruppe der „Fabier“ (der evolutionären Sozialisten, deren bekanntester Kopf Bernard Shaw war) schlossen die Gewerkschaften 1899 ein politisches Bündnis, zu dem kleine marxistische Gruppen nur zeitweise und ohne großen Einfluß gehörten. Aus diesem Bündnis ist die von den Gewerkschaften beherrschte britische Arbeiterpartei als soziale Reformpartei hervorgegangen. Die Sorge vor dem wachsenden Gewicht der neuen Arbeiterpartei veranlaßte die liberale Regierung vor dem ersten Weltkrieg zu durchgreifenden Sozialreformen, die besonders mit dem Namen Lloyd Georges verbunden sind, und bestimmte die konservativen Regierungen zwischen den beiden Weltkriegen zur Fortführung der sozialreformerischen Überlieferung im britischen Konservativismus.

Das Jahr 1945 schuf eine völlig neue Lage. Jetzt mußte der Bergarbeiterführer Lawther verlangen, die Gewerkschaften sollten „das Wohl der Allgemeinheit“ vor die „Teilinteressen“ ihrer Mitglieder setzen. Hatte denn der Staat 1945 sein Wesen geändert, und war es jetzt die oberste Aufgabe der „politischen Aktion“, die Wünsche der Regierung zu erfüllen? Die Arbeiterregierung benutzte die „stetige und plumpe Treue“ („Economist“) der Gewerkschaftsführer, um unpopuläre Maßnahmen des „Austerity“-Zeitalters durchzudrücken. Waren die Gewerkschaftsführer Staatsbeamte oder Diener ihrer Organisation? Gab es ein Maximum gewerkschaftlicher Errungenschaften, über das man nicht hinausgehen durfte, weil es zugleich ein Optimum war? Hatte man in 150jährigem Kampf zwei Angriffswellen, eine der politischen und eine der wirtschaftlichen Aktion, vorgetragen, um auf den Wunsch einer Arbeiterregierung hin bei diesem Maximum freiwillig stehenzubleiben?

Die eigene Geschichte der Gewerkschaften wurde zu ihrem inneren Problem.

DAS VERHÄLTNISS GEWERKSCHAFT — ARBEITERPARTEI

Schon beim ersten Zusammenschluß 1899 überwogen Mitgliederzahl und Finanzstärke der Gewerkschaften weit die kleinen sozialreformerischen oder sozialistischen Intellektuellengruppen. 1918 schuf sich die Arbeiterpartei Ortsgruppen, so daß der einzelne Wähler ihr auch unmittelbar ohne den Umweg über eine der im Bündnis zusammengeschlossenen Organisationen beitreten konnte. Aber auf den Parteitage wird das Stimmrecht der Teilorganisationen nach der Zahl der Urmitglieder gewogen, so daß also stets die Gewerkschaften über eine überwältigende Mehrheit verfügen und der in den Ortsgruppen zusammengeschlossene sozialreformerische Mittelstand allenfalls geduldet ist.

Dieses Übergewicht der Gewerkschaften in der Partei belastet sie mit der ganzen Verantwortung für die Maßnahmen der Partei und ihrer Regierung. Sie können sich nicht im Hintergrund halten und allein einen „politischen Flügel“ der Arbeiterbewegung die politische Verantwortung tragen lassen. Sie sind selbst eminent politisch, und die Arbeiterpartei ist im Grunde ihr Instrument.

Sie haben sich erbittert gegen Versuche von außen gewehrt, ihre enge Verbindung zur Arbeiterpartei zu lösen und sich damit von politischer Verantwortung zu befreien. Nach dem Generalstreik von 1926 setzte die konservative Regierung 1927 durch, daß ein Gewerkschaftsmitglied nicht automatisch, sondern nur auf ausdrücklich geäußerten Wunsch zu dem zusätzlichen Mitgliedsbeitrag zur Arbeiterpartei („political levy“) herangezogen werden dürfe („contracting-in“). Die Arbeiterregierung aber stellte auf Wunsch der Gewerkschaften 1945 die frühere Lage wieder her, bei der das Gewerkschaftsmitglied nur auf ausdrücklichen Wunsch von dem „politischen Beitrag“ befreit werden kann („contracting-out“). Die Folgen einer gerichtlichen Entscheidung vom 25. Mai 1950, bei der ein Nichtmitglied der Arbeiterpartei das Recht zum Bekleiden von Ämtern in der Eisenbahnergewerkschaft ausdrücklich zugebilligt erhielt, bleiben noch abzuwarten.

Fast 5 von den 8 Millionen britischer Gewerkschaftsmitglieder haben sich automatisch zu Mitgliedern der Arbeiterpartei machen lassen. Die Arbeiterpartei erhielt 1948 Mitgliedsbeiträge in Höhe von £ 164 300, davon stammten £ 146 900 von den Gewerkschaften. Funktionäre werden als Kandidaten für sichere Wahlkreise nominiert. Vor der Februarwahl 1950 erließ der Gewerkschaftsrat einen Wahlauftrag für die Arbeiterpartei und bekannte sich ausdrücklich zur Politik der letzten Jahre: „Unsere Gewerkschaften haben unmittelbar bei der Festlegung der Haupttrichtung in der Wirtschaftspolitik mitgewirkt.“ Der Generalsekretär Tewson schrieb in der Märznummer der Zeitschrift des Gewerkschaftsrats, man könne nur auf eine Zurückhaltung der gewerkschaftlichen Forderungen rechnen, solange die Arbeiterregierung am Ruder sei. Wenn eine Partei der freien Wirtschaft an die Regierung käme, müßten sich die Gewerkschaften ihre Handlungsfreiheit zurücknehmen.

Die anderen Parteien halten den Gewerkschaften vor, daß sie zum Sklaven ihres Instruments, der Arbeiterpartei, geworden seien. Der Konservative Sir David Maxwell Fyfe erklärte vor der Wahl: „In der Zwangsjacke des sozialistischen Zentralismus wird die Gewerkschaft mehr und mehr zu einem Instrument der Regierung.“ Er fragte, ob mit der privaten Wirtschaft auch das Streikrecht abgeschafft werden solle, und wies warnend auf die Sowjetunion hin. Das Recht zum Aushandeln von Kollektivverträgen müsse gewahrt werden. Die Gewerkschaft müsse ein Instrument der „freien“ Wirtschaft bleiben.

Die Liberalen wiesen vor der Wahl darauf hin, daß das Übergewicht der großen Industrieverbände (Berg-

leute, Eisenbahner, Transportarbeiter usw.) zur Konzentration der Macht bei wenigen Funktionären und zur Machtlosigkeit des Gewerkschaftsbundes geführt habe. Die Gewerkschaften sollen nach ihrer Vorstellung parteifrei, aber an öffentliche Aufgaben (Zwangsschlichtung usw.) gebunden sein.

Im Einvernehmen mit der Arbeiterpartei schließen die Gewerkschaften Kommunisten von Funktionärstellungen oder sogar der Mitgliedschaft aus und verlangen eine schriftliche Absage an den Kommunismus. Als Antwort wird ein „Ausschuß für Demokratie in den Gewerkschaften“ und ein Unterstützungsfonds für „politisch verfolgte Gewerkschaftler“ gebildet.

Die britischen Gewerkschaften sind so stark mit der Arbeiterpartei identifiziert, daß sie sich von politischen Maßnahmen der Arbeiterregierung selbst dann nicht distanzieren können, wenn gewerkschaftliche Grundsätze durch die Maßnahmen verletzt werden. Das Dilemma kommt nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus dem Organisationsschema der britischen Arbeiterbewegung.

WOHLFAHRTSSTAAT UND INTERESSENPOLITIK

Das Dilemma ist dadurch akut geworden, daß die politischen Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg der Arbeiterpartei die Verwirklichung einiger Zentralpunkte ihres Programms erlaubten. Die Durchführung dieser Programmpunkte hat auf kaltem Wege das gesellschaftliche Leben Englands so revolutioniert, daß die für eine kapitalistische Gesellschaft geschaffenen Gewerkschaften sich neu orientieren müssen. Andererseits sind die fortdauernden Elemente der Vergangenheit so stark und besteht eine so große Möglichkeit zur Rückkehr älterer Auffassungen (etwa durch einen konservativen Wahlsieg), daß die Gewerkschaften eigentlich noch nicht wagen können, die alte Kampfstellung aufzugeben.

Können im Wohlfahrtsstaat, im System der sozialen Sicherheit, das nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut worden ist, die Gewerkschaften noch als private Interessentengruppen („private pressure groups“), als Kampf- und Gesprächspartner für ein freies Unternehmertum existieren? Sind sie nicht Träger öffentlicher Verantwortung geworden („public services“)? Der Sozialversicherungsminister James Griffiths (der jetzige Kolonialminister) erklärte auf dem Kongreß in Bridlington: „Wenn die Starken und Gesunden nicht bereit sind, mehr in die gemeinsame Kasse hineinzutun, als sie herausnehmen, dann wird es keine gemeinsame Kasse geben, aus der der Wohlfahrtsstaat schöpfen kann.“ Er fragte: „Ist die Mitgliedskarte einer Gewerkschaft ein Zeugnis verantwortlicher Gesinnung oder der Anrechtschein auf einen Platz in der Sonne?“ Der Wohlfahrtsstaat fordert von den Gewerkschaften, die als Kampforganisation für die Interessen ihrer Mitglieder entstanden sind, nationale Solidarität. Der damalige erste Vorsitzende der Arbeiterpartei, S. Watson, wandte sich im April auf dem Genossenschaftstag in Great Yarmouth ausdrücklich gegen die „Verfolgung von Teilinteressen“.

Bei aller Nüchternheit hat die britische Arbeiterbewegung doch nie ein messianisches Element verloren, wenn es auch nicht marxistisch, sondern „methodistisch“ sein mag, wie Morgan Phillips am 2. Juni in Kopenhagen erklärte. Ein messianisches Zauberwort, an das sich utopische Hoffnungen knüpften, war die „Verstaatlichung“ in einem Sinne, der auf dem europäischen Kontinent durch Staatsbahnen oder städtische Wasserwerke längst bekannt ist. Auch dieses Zauberwort konnte wenigstens teilweise durch die Arbeiterregierung in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Vom Gesichtspunkt der Arbeiterschaft selbst aus erfolgte dabei nur ein Auswechseln einer bekannten durch eine weniger bekannte Gruppe oberster Wirtschaftsmanager. Die Betriebsleiter, die Löhne und Arbeitsbedingungen blieben meist wie vorher. Der Eintritt von Gewerkschaftsführern in die Aufsichtsräte verstaatlichter Unternehmungen änderte die Belegschaftsfremdheit der Betriebsleitungen nicht. Sie brachte nicht die erhoffte unmittelbare Wirtschaftsdemokratie.

Die syndikalistischen Hoffnungen in der britischen Arbeiterschaft hatten wenig mit dem revolutionären Syndikalismus der romanischen Länder zu tun. Vielmehr wollten sich die Belegschaften durch Herrschaft über die Betriebe die Fortdauer lieber Gewohnheiten sichern. Der Wunsch nach Beteiligung an der Betriebsleitung ist ein Teil des ererbten Freiheitsstrebens und des Anspruchs auf angemessene Lebensführung. Die Arbeiterschaft nimmt keineswegs die kleinlichen Vorwürfe der Verstaatlichungsgegner wegen der Direktorengehälter in den verstaatlichten Industrien ernst. Sie ist da frei von Neid und weiß außerdem, daß die Privatwirtschaft höhere Gehälter zahlt. Aber sie hat Sorge vor der drohenden Rationalisierung der Staatsunternehmungen. Im Bergbau wenden sich die örtlichen Gewerkschaften, die von jeher die Träger der Wünsche der Belegschaften waren, gegen die Zentralisierungswelle seit der Verstaatlichung. Die Eisenbahner streikten 1949, weil die staatliche Bahnverwaltung dem Lokomotivpersonal eine Übernachtung in regelmäßigen Abständen fern vom Familienwohntort zumutete. Die seit dem ersten Weltkrieg bestehenden Betriebsräte („shop stewards“) fordern, vor Entlassungen aus betriebstechnischen Gründen gesichert zu werden, und bilden einen Herd des Widerstandes gegen die staatlichen Betriebsleitungen. In den Häfen wird der Konflikt zwischen einer traditionalistischen und syndikalistischen Arbeiterschaft und sozialistisch gesinnten staatlichen Betriebsleitungen besonders akut. Es wird Widerstand gegen die Einführung neuer Entlademaschinen geleistet. Der gefährliche Streik des Aprils 1950 im Londoner Hafen ging auf das Bestreben einer Berufsgewerkschaft der Stauer zurück, sich den überlieferten Arbeitsplatz gegen neuere Methoden der Arbeitsverteilung zu sichern. Er richtete sich gegen die große Transportarbeitergewerkschaft, die mit der Hafenverwaltung zusammenarbeitete. „Der Londoner Hafenarbeiter hat zwar größere Sicherheit für seinen Lebensstandard

gewonnen, fühlt sich aber wie verloren, mit seiner Persönlichkeit eingefangen in einem Arbeitsplan, der seinen Instinkten und Traditionen völlig entgegen gesetzt ist", schrieb "New Statesman and Nation". Fast so verwirrt wie die Belegschaften sind große Gruppen der Funktionäre. Dürfen sie zusehen, wenn eine Arbeiterregierung Truppen als Streikbrecher einsetzt? Dürfen sie den freien Kampf um Vorteile aufgeben und stattdessen Beschwerden bei Ministern anmelden oder ihren Anhängern staatliche Pensionen bewilligen lassen? Machen sie sich damit nicht überflüssig?

Die Fragen der Gewinnbeteiligung und des Mitbestimmungsrechts im Sinne des europäischen Festlandes haben bis jetzt noch nicht im Mittelpunkt der Debatte gestanden. Erst die durchgeführte Verstaatlichung hat den Gewerkschaften die Aufgabe zu einer Überprüfung ihres Standpunktes gestellt.

Das Dilemma der Gewerkschaften wird dadurch verschärft, daß ein schwerer Druck von außen auf der britischen Wirtschaft liegt. Angesichts dieses Drucks kann die Vollbeschäftigung nur mit Opfern aufrechterhalten werden. Wenn Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat Disziplin und Selbstverleugnung verlangen, erhebt sich vor den Gewerkschaften die Frage, ob sie ihrerseits diese Tugenden ihren Mitgliedern predigen oder ob sie für wohlerworbene Rechte kämpfen und versuchen sollen, neue Errungenschaften zu gewinnen, selbst wenn dadurch wieder eine industrielle Reservearmee entsteht? Sind die Gewerkschaften Interessenverbände oder eine moralische Macht mit öffentlicher Verantwortung?

Wenn sich die Funktionäre im Sinne der Arbeiterregierung entscheiden, drohen die Massen, ihnen aus der Hand zu gleiten. Sind sie in eine Gewerkschaft eingetreten, um von ihren Führern ermahnt und angepredigt zu werden? Die wilden Streiks häufen sich. Streikausschüsse der Belegschaften werfen den Gewerkschaftsfunktionären vor, daß sie „mit den Leuten in der Downing Street auf Du und Du stehen“. Alte und bewährte Gewerkschaftsführer werden von ihren eigenen Leuten niedergeschrien. Die Arbeiter verweigern die Annahme von Schiedssprüchen, an denen Gewerkschaftsvertreter beteiligt waren.

Wenn die Funktionäre die Partei der Mitglieder ergreifen oder achselzuckend ihre Machtlosigkeit zugeben, gefährden sie die Fortdauer der Arbeiterregierung, die auf Wählerstimmen aus dem Mittelstand angewiesen ist. Der sozialreformerische Mittelstand will durch die Errichtung des Wohlfahrtsstaates die soziale Unruhe endgültig loswerden. Die Gewerkschaften dagegen sind aus der Permanenz der sozialen Spannung entstanden.

Seit dem Herbst 1949 konzentriert sich das Dilemma immer mehr auf die Lohnfrage. Sollte der Wohlfahrtsstaat nicht auch ein für allemal dieses Problem lösen? Lord Beaverbrook, der eigenwillige konservative Zeitungsmagnat, erhob die Forderung nach einem staatlich garantierten Mindestlohn und fand

unerwartete Unterstützung bei dem Abgeordneten Fenner Brockway, der zum linken Flügel der Arbeiterpartei gerechnet wird. Der Transportarbeiterführer Deakin erklärte, Eingriffe in die bestehende Methode der Lohnregelung müßten zu einer Katastrophe führen. Nur durch die überlieferten Lohnspannen könnten „Chaos und Konfusion“ verhindert werden. Andere Funktionäre wollten eine bessere Lohnregelung für die Organisierten wie für die Nichtorganisierten einführen. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Mindestlöhne sich zu Normallöhnen entwickelten. Nur differenzierte Löhne könnten eine Leistungssteigerung erzielen. Auch gegen maßvollere Vorschläge, wie z. B. eine Verständigung über den gesamten Lohnfonds und seine Verteilung im Rahmen des Gewerkschaftsrates, wehrten sich die Gewerkschaften. Sie wollten weiter Kampflohne haben und betrachteten den Lohnstop nur als Waffenstillstand. Selbstverständlich billigten die Gewerkschaften die Forderung, daß jedem ein Mindesteinkommen durch den Wohlfahrtsstaat garantiert werden solle. Diese Forderung dürfe aber nicht vermengt werden mit der Frage, wie Arbeitsleistungen zu entlohnen seien.

Die Auseinandersetzung um eine staatliche Lohnregelung zeigt das Dilemma in reiner Form: will man einen vollkommenen Wohlfahrtsstaat, in dem soziale Kampforganisationen überflüssig werden? Braucht man nicht den Kapitalismus, um gegen ihn kämpfen zu können? Ist Satan nicht nötig, damit die Macht des Guten als sein Gegenbild sichtbar wird? Will man weiteren Kampf oder eine soziale Friedensordnung? Gefährdet man nicht durch Kampfwillen die bisherigen Errungenschaften?

KLASSE, NATION UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die britische Wirtschaftskrise der Gegenwart stellt also die Gewerkschaften vor eine Gewissensfrage: wollen sie ein Instrument ihrer Mitglieder sein oder ein Instrument des Staates, eine Kampforganisation im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft oder ein nationaler Zusammenschluß im Dienste der Solidarität der Leistung? Ein Feind der Gewerkschaften (Lord Lyle) erklärte mit Genugtuung am 25. Oktober 1949 bei einer Unternehmerzusammenkunft: „Wenn sie das tun, wofür sie gewählt sind, kommen sie in Konflikt mit ihren sozialistischen Herren. Die klar erkennbare Lösung dieses Konfliktes wird die Ernennung der Gewerkschaftsführer durch den Arbeitsminister sein, und damit haben wir den vollendeten Totalitarismus.“

Die Regierung der Arbeiterpartei hat von den Gewerkschaften erwartet, daß sie sich in eine nationale Planwirtschaft einfügen und eine nationalistische Wirtschaftspolitik unterstützen.

Die Gewerkschaften schwanken zwischen dem Wunsch ihrer Mitglieder nach unmittelbarer Interessenpolitik und der Hoffnung, im Rahmen der nationalen Planwirtschaft eine grundsätzliche Sozialreform zu erreichen, die auch von der Mittelklasse bejaht, aber die Gewerkschaften selbst am Ende überflüssig machen würde. Die Entscheidung ist deshalb so

schwer, weil durch einen unerwarteten Wahlausgang „der Staat“ der Arbeiterpartei entgleiten kann. Ist man für diesen Fall sicher, daß die Sozialreform bleibt? Müßte eine Interessenpolitik in diesem Fall nicht anders aussehen als heute?

Die Gewerkschaftsführer stehen vor der moralischen Frage des britischen Gesamtvolks: Sollen sie bescheidene Sicherheit wählen oder die Chance sowohl großer Erfolge als auch gefährlicher Katastrophen?

Wollen die Gewerkschaften die Arbeiter in den Besitz der bürgerlichen Lebensfreuden bringen, oder wollen sie mehr? Wenn sie mehr wollen, wie sieht dann ihr revolutionäres Zielbild aus?

Die Frage, vor der die britischen Gewerkschaften stehen, betrifft auch die Gewerkschaften anderer westlicher Länder und ebenso die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die letzte australische Arbeiterregierung ließ die Führer streikender Bergarbeiter aus Gründen der Staatsräson verhaften. Die neuseeländische Arbeiterpartei aber zieht neuerdings eine Rückkehr zum scharfen Lohnkampf dem vielgerühmten System der Zwangsschiedssprüche vor. In den skandinavischen Ländern gestattet die Arbeiterschaft den Gewerkschaften eine regierungstreue Linie, wenn Arbeiterparteien in den Regierungen sitzen. In

Frankreich und Italien aber sind die Massen nicht bereit, ihre Organisationen zu Instrumenten gemäßiger Regierungen machen zu lassen.

Die Überlegungen der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern über den Schumanplan und andere internationale Wirtschaftspläne zeigen ein paralleles Dilemma, wobei nun allerdings noch zusätzlich die Frage zu entscheiden ist, ob das Klasseninteresse besser durch die Nation oder eine internationale Organisation vertreten wird. Die Gewerkschaft des einzelnen Landes steht nicht nur zwischen Interessenpolitik und nationaler Solidaritätspolitik, sondern zugleich zwischen den Forderungen der nationalen Planwirtschaft und denen der internationalen Solidarität. Die Frage des „Sozialismus in einem Lande“ erhebt sich heute im Westen, wie sie früher Trotzki und Stalin entzweite. Während in anderen Ländern aus dem Dilemma eine Aufspaltung in verschiedene Richtungen erfolgte, konnte in England bis jetzt die Arbeiterbewegung alle Verschiedenheiten unter dem dreifältigen Mantel Gewerkschaften, Genossenschaften und Partei zusammenhalten.

Die Grundfrage, vor der die britischen Gewerkschaften stehen, lautet: Ist die Nation oder die Klasse geschichtlich mächtiger?

Summary: British trade-unions between economic groups and public interest. The dilemma of the trade-unions which had been pending since the Labour Party took over the Government in 1945 has become critical owing to the question of the wages policy caused by the pound devaluation in autumn 1949. The decision of the Council of the T. U. C. in favour of a wage stop and the subsequent resolution of the members approving the policy of the Council of the T. U. C. did not solve the problem. In spite of that the individual trade-unions claimed higher wages, and no constructive plan of a clear wage policy is existing. The historical development shows the close connection between labour party and trade-union. The predominating position of the trade-unions in the party, legalized through the „contracting-out system“ reintroduced in 1945, imposes the responsibility for the measures taken by the party and the Government up on the shoulders of the trade-unions. The realization of some principal items of the programme of the labour party after the second world war revolutionized the social life in Britain to such an extent that the trade-unions, originating from the social tension of a capitalistic order, were forced to revise their policy. On the other hand the forces of the past are still so strong and the stability of the new order is still so insecure that the

Résumé: L'engrenage des intérêts: le problème des syndicats démontré à l'exemple anglais. La dévaluation de la livre sterling en automne 1945 a mis sur la scellette le problème de la politique des salaires ainsi que le dilemme des syndicats qui est né avec l'arrivée au pouvoir du Labour-party en 1945. Par la décision du conseil des syndicats en faveur d'un stop général des salaires et par le vote primaire consécutif du même résultat le problème n'a pas été résolu. Les syndicats individuels continuaient à revendiquer des augmentations de salaires, et on manque d'un plan constructif pour une vraie politique des salaires. Un aperçu chronologique sert à démontrer les relations étroites entre les syndicats et le Labour-party. Par leur prépondérance dans ce party — legalisée depuis la réintroduction en 1945 du système du „contracting-out“ — les syndicats sont chargés de la responsabilité entière pour les mesures que prennent le Labour-party et son gouvernement. Par la réalisation de plusieurs des revendications essentielles du programme du party depuis la IIIème guerre mondiale, la vie sociale de leur pays a été bouleversée à un tel degré, que les syndicats, nés des tensions de l'ordre capitaliste, devaient procéder à une orientation nouvelle. D'autre part, les éléments du passé étant encore assez forts et la stabilité de l'ordre nouveau encore mal assuré, les syndicats n'osent pas déjà abandonner leur poste de combat.

Resumen: Entre los intereses de grupos y los del Estado. El problema de los sindicatos obreros visto en el ejemplo británico. Con el problema de la política de salarios, engendrado por la desvalorización de la libra esterlina en otoño 1949, el dilema de los sindicatos, existente de orden latente desde que el partido laborista asumió el Gobierno en 1945, ha entrado en un estado crítico. La decisión del consejo sindical para un „stop“ absoluto de los salarios y la siguiente votación que se declaró en favor de la política del consejo sindical no contribuyeron a la solución del problema. No obstante los sindicatos pedían aumento de salarios, y no existe ningún plan de una política clara de salarios. El desarrollo histórico demuestra la estrecha conexión entre el partido laborista y el sindicato. La preponderancia de los sindicatos en el partido, legalizada por el sistema del „contracting-out“, los carga con toda la responsabilidad de las medidas tomadas por el partido y su Gobierno. La realización de unos puntos centrales del programa del partido laborista después de la segunda guerra mundial revolucionó la vida social en Inglaterra hasta tal grado que los sindicatos, nacidos de las tensiones sociales de un orden social capitalista, tenían que reorientarse. Por otra parte los elementos del pasado quedan aun tan fuertes y la estabilidad del nuevo orden aun es tan inseguro que los sindicatos no se

trade-unions do not yet dare to relinquish their fighting attitude. Through the establishment of the welfare state they have become the bearers of public responsibility which makes it very difficult to represent private groups. Owing to the heavy foreign trade pressure full employment can only be maintained by making sacrifices. The trade-unions are standing irresolutely between their members who wish to see their interests protected and the chance of achieving a fundamental social reform through a planned national economy. This question also applies to the trade-unions of other western countries and to the international trade-union policy.

Ayant établi le Welfare State ils assument la responsabilité publique; et cela met en question les fonctions de représentation de groupes privés. A cause des difficultés de la politique extérieure le plein emploi ne saura être maintenu que par de grands sacrifices. Les syndicats se trouvent pris entre la revendication de leurs membres d'un organisme de représentation en faveur de leurs intérêts d'un part, et la chance d'aboutir dans le cadre de l'économie dirigée nationale à une réforme sociale fondamentale. L'actualité de ce problème est la même pour les syndicats des autres pays de l'Ouest et pour la politique syndicale internationale.

atreven a abandonar su posición de combate. Por la instauración del Estado de previsión social han asumido la responsabilidad pública, lo que pone en duda la representación de grupos privados. Ante la presión pesada del comercio exterior sólo se puede mantener la ocupación total con sacrificios. Los sindicatos vacilan entre el deseo de sus miembros de crear una representación de sus intereses y la posibilidad de poder conseguir, dentro de una economía nacional planificada, una reforma social fundamental. Este problema atañe igualmente a los sindicatos de otros países occidentales y la política internacional de los sindicatos.